

# Perspektiven?

## Über die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Zukunft unseres Wissenschaftssystems

| FELIX GRIGAT | **Die Papiere und Empfehlungen des Wissenschaftsrates sorgen regelmäßig für intensive Debatten und sind stets wichtige Orientierungspunkte für die Hochschulpolitik. Wie sind die aktuellen Empfehlungen einzuordnen? Was ist hervorzuheben, was zu kritisieren?**

**D**er Wissenschaftsrat hat Empfehlungen zur Zukunft des Wissenschaftssystems veröffentlicht. Das gehört wohl zu den Aufgaben eines Gremiums, das zu dem Establishment der Dauerreformer gehört. Viel interessanter ist aber, was er über die Vergangenheit des Systems, z. B. die vergangenen zehn Jahre, denkt. Denn es steht zu vermuten, dass die Perspektiven je nach dem Urteil über diese Zeit, für welche er wiederum im Jahr 2000 nachlesenswerte Perspektiven formuliert hatte, verschieden ausfallen werden. So könnte man diese Jahre als Fehlentwicklung bewerten und zu einer Art revolutionärem „bildungspolitischen Frühling“ aufrufen. Oder aber man klopft sich selbst anerkennend auf die Schulter und findet einfach großartig, was man selbst und die Reformkollegen geleistet haben. In diesem Fall wird man vermutlich traditionale Perspektiven entwickeln, das hieße mit Luhmann, in der Zukunft keine andere Möglichkeiten als in der Vergangenheit sehen. Wohlgemerkt, in diesem Fall der Vergangenheit des letzten Jahrzehnts. Das aber stünde im Widerspruch dazu, dass Planungseliten ja ihre Existenzberechtigung in dem Aufweis der Reformbedürftigkeit des Gegenwärtigen haben.

Viel über die jüngste Reformvergangenheit findet man allerdings nicht in dem Text, das wenige aber stimmt bedenklich. Das deutsche Wissenschaftssystem sei in in den vergangenen zehn Jahren in „besonderer und bemerkenswerter Weise in Bewegung“ geraten, heißt es. Die Exzellenzinitiative und der Pakt für Forschung und Innovation, aber auch der Bologna-Prozess, hätten

### »Das Wissenschaftssystem braucht keine Revolution.«

„komplexe Veränderungsprozesse mit zum Teil weit reichenden Folgen vor allem für die Hochschulen“ in Gang gesetzt. Sie alle hätten bereits erheblich zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit des deutschen Wissenschaftssystems und zu dessen internationaler Anschlussfähigkeit beigetragen. Das mit den „weit reichenden Folgen“ wird jeder davon Betroffene sogleich unterschreiben, das mit der Verbesserung der Leistungsfähigkeit als das bezeichnen, was es ist, eine Zumutung. Denn dafür gibt es keine valide Daten - das müsste der Rat doch wissen. Ob sich die internationale Anschlussfähigkeit verbessert hat kann man gerne die Studenten fragen, die sich vergeblich bemühen, ihre Leistungen einer spanischen Universität in Deutschland anerkennen zu lassen. Dass die Exzellenzinitiative im gesamten System für „Aufbruchstimmung“ gesorgt habe, mag man wiederum diejenigen fragen, denen der Aufbruch aufs Gemüt geschlagen ist und die kostbare Zeit ihrer wissenschaftlich möglichen

Produktivität mit der behördenaffinen Abfassung von Anträgen und Gutachten verbringen mussten. Die Dauerreform der letzten Jahre, die Studenten auf die Straße und Hochschullehrer in die Verzeiflung getrieben hat, sekundiert von einem beispiellosen Zahlenfetischismus, war von Illusionen und vielen Missverständnissen geleitet. Das größte dabei war die Verkennung dessen, was eine Universität, was Wissenschaft und Bildung seien. Deswegen nimmt man die Aussagen, auf das Bestehende ließe sich gut aufbauen, das Wissenschaftssystem brauche keine Revolution und es habe seine Entwicklungsfähigkeit eindrucksvoll unter Beweis gestellt, mit größter Irritation zur Kenntnis.

Der Rat hat sich also für einen traditionellen Ansatz entschieden, für Strukturen mit dem Charakter einer über die Gegenwart hinaus verlängerten Vergangenheit. Zu dieser gehört auch die ökonomistische Sicht von Universität und Wissenschaft, welche geradezu als Maxime für das Papier bezeichnet wird: die Empfehlungen seien von der Überzeugung geleitet, dass „die Sicherung der Zukunftsfähigkeit des deutschen Wissenschaftssystems zu einer Steigerung der gesellschaftlichen Wohlfahrt beiträgt und Investitionen in die Wissenschaft eine hohe volkswirtschaftliche Rendite erzielen“. Es ist fast zu offensichtlich, dass dies als Maxime für die Universitäten, bei denen Nützlichkeit per definitionem stets nur ein „Moment von zweitem Range“ sein kann, ungeeignet ist.

Der Rat verlangt also nicht nur von der Politik klare Prioritätensetzungen, sondern zugleich von den wissenschaftlichen Einrichtungen. Man ahnt, was folgt: Sie müssten sich stärker profilie-



#### AUTOR

**Felix Grigat, M.A.**, ist verantwortlich. Redakteur von Forschung & Lehre.

ren, sich auch in Zukunft wettbewerbsfähig orientieren, vielfältig lokal bis transnational zusammenarbeiten, und ihre Handlungs- und Entscheidungsprozesse zielführend gestalten. So ähnlich klang es übrigens bereits im Jahr 2000. Die vom Wissenschaftsrat entwickelten Perspektiven berücksichtigten sowohl die Anforderungen der Wissenschaft als auch die legitimen Erwartungen von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik an ein leistungsstarkes Wissenschaftssystem. Denn dieses stehe durch

### »Politische Perspektiven müssen mit denen der Universitäten und der Wissenschaft nicht übereinstimmen.«

den demographischen Wandel und den zunehmenden internationalen Wettbewerb unter Druck. Soll die Wissenschaft also vor allem „scharf“ gemacht werden für die ökonomische Gigantenschlacht, die derzeit auf dem Globus ausgetragen wird? Formulierungen wie „Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit in allen Dimensionen“, „Absicherung und Ausweitung der Erträge“, „Strategie- und Handlungsfähigkeit“, „Professionalisierung der Management- und Leitungsfunktionen“ und „hohe volkswirtschaftliche Rendite“ sind so unwissenschaftlich wie entlarvend. Diese Thesen fügen sich nahtlos ein in die New Public Management-Ideologie des letzten Jahrzehnts, von der man hoffte, sie habe sich überlebt.

Was soll man weiter davon halten, wenn die Interessen und Anliegen der unterschiedlichen Akteure im politischen wie im wissenschaftlichen Raum in einer strategisch angelegten Perspektive gebündelt und auf der Grundlage wissenschaftspolitischer Leitlinien konkrete Vorschläge zur Weiterentwicklung des deutschen Wissenschaftssystems erarbeitet werden sollen, ohne dabei die politische Machbarkeit aus den Augen zu verlieren? Wenn solche Sätze überhaupt einen nennenswerten Sinn haben sollen, dann den, dass die Wissenschaft keinesfalls „anecken“ darf, damit sie das Wohlgefallen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nicht verliert.

Hat man vor lauter „Machbarkeitsrücksichten“ die Vorstellung einer Wissenschaft, die quer zu gesellschaftlichen Opportunitäten stehen kann, aus den Augen verloren? Man hat. Es geht um politische Perspektiven, die mit denen

der Universitäten und der Wissenschaft nun wirklich nicht übereinstimmen müssen. Sollte es hier um Bildung und Erkenntnisgewinn gehen, geht es dort um Macht, Wählerstimmen und vielfältige Interessen.

#### Die Empfehlungen

Die Empfehlungen bleiben im Mainstream des vergangenen Jahrzehnts, man findet viel Erwartbares, vor allem die Forderung nach mehr Geld und mehr Personal. So hat der Wissenschaftsrat Bund und Länder dazu aufgefordert, ab 2014 einen „Zukunftspakt“ für Forschung und Lehre bis 2025 zu schließen. Starke Hochschulen als „Organisationszentren“

sollen im Mittelpunkt des Wissenschaftssystems stehen. Er fordert insbesondere die Grundfinanzierung der Hochschulen um ein Prozent oberhalb der Inflationsrate zu erhöhen. Zukünftige Steigerungen des Zuschusses für die außeruniversitären Forschungseinrichtungen seien an entsprechende Aufwüchse bei den Hochschulen zu koppeln. Die Erhöhung der Pauschale für Gemeinkosten von 20 auf 40 Prozent wird ebenfalls nahegelegt. Der neue „Zukunftspakt“ soll die bestehenden Bund-Länder-Kooperationen ablösen, zu denen der Hochschulpakt, der Pakt für Forschung und Innovation sowie die Exzellenzinitiative gehören, die alle-

### »Der Zukunftspakt soll die bestehenden Bund-Länder-Kooperationen ablösen.«

samt in den nächsten Jahren auslaufen. Wissenschaftliche Einrichtungen müssten sich stärker profilieren und mehr zusammenarbeiten. Eine explizite Fortsetzung der Förderlinie „Zukunftskonzepte“ im Rahmen der Exzellenzinitiative wird nicht empfohlen. Nachfolgeprogramme für die Förderung von Graduiertenschulen und Exzellenzclustern sollten unter dem Dach der DFG vereint werden. Außerdem sollen Bund und Länder die Schwerpunktbildung von Hochschulen durch gemeinsam getragene „Merian-Professuren“ und fakultätsübergreifende „Liebig-Zentren“ unterstützen. Gestrichen ist in dem Papier das laut Presseberichten in einer früheren Fassung explizit enthaltene Ziel, Deutschland solle zwei bis fünf

Spitzenuniversitäten auf die vorderen Ränge internationaler Rankings bringen und insgesamt über 20 bis 25 forschungsstarke Universitäten verfügen.

#### Reaktionen

Regierung und Opposition, Bund und Länder begrüßen die Empfehlungen. Bundesbildungsministerin Johanna Wanka sagte: „Damit werden die Hochschulen als Herzstück des Wissenschaftssystems gestärkt“. Die Empfehlungen seien ein zentraler Baustein, um unser Wissenschaftssystem zukunftsfest zu machen und weiter zu stärken.

Für die Hochschulrektorenkonferenz sind die Empfehlungen ein „gelungenes Ensemble gut abgestimmter Maßnahmen“, die das deutsche Wissenschaftssystem insgesamt stärken werden.

Der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Professor Peter Gruss, kritisierte die Empfehlungen des Wissenschaftsrates in der Süddeutschen Zeitung, weil er die MPG nicht ausreichend gewürdigt sieht. Es sei ein Fehlverständnis, wenn die Universitäten als zentraler Organisator im System apostrophiert werden, „mich ärgert, dass unsere Leistung verkannt wird, dass unsere Rolle verkannt wird“. Er wehre sich gegen eine lokale Vereinnahmung durch Universitäten. „Unsere Forschungsprojekte werden nicht in den Köpfen von Rektoren entwickelt, sondern durch die Wissenschaftler der Max-Planck-Gesellschaft“. Auch könne eine Gesamtanalyse mit vielleicht auch unbequemen Schlussfolgerungen nicht durch ein national besetztes Gremium wie den Wissenschaftsrat geleistet werden.

Das gelte für die beteiligten Wissenschaftler wie für die Politiker. Man verlange ihnen eine Neutralität ab, die sie aufgrund ihrer Rolle im System nicht haben könnten.

Wird hier Neutralität und Internationalität gefordert, um als Wissenschaftsorganisation am Ende besser dazustehen? Das wäre keine gute Perspektive.

*Die Empfehlungen des Wissenschaftsrats sind im Internet unter [www.wissenschaftsrat.de](http://www.wissenschaftsrat.de) zu finden.*